

Kommunen schlagen Alarm

KN 24.3.2006,

S. 1

„Das Land will die Kassen plündern“

Kiel – Die Kommunen gehen auf die Barrikaden. Nach einer gemeinsamen Sondersitzung warfen der Städteverband, der Landkreistag und der Gemeindetag der Landesregierung gestern „Wortbruch“ und „Verfassungsbruch“ vor.

Von Uta Wilke

Hintergrund ist die geplante Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs in Höhe von je 120 Millionen Euro in den Jahren 2007 und 2008. Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) und Nordfrieslands Landrat Olaf Bastian (CDU) forderten Sonderparteitage der Sozialdemokraten und Christdemokraten. Schließlich sei in dem schwarz-roten Koalitionsvertrag zugesichert worden, dass das Land seine finanziellen Probleme nicht zu Lasten der Kommunen löst. Saxe sprach von einem „120fachen Millionen-Klau“. Und: „Das Land schickt sich an, die kommunalen Kassen zu plündern.“ Die geplante Kürzung entspricht gut zehn Prozent des Finanzausgleichs. „Es ist nicht nur ein Wortbruch des Ministerpräsidenten und ein Bruch des Koalitionsvertrages, es ist Verfassungsbruch“, erklärte

Bastian auch mit Blick auf das Grundgesetz, in dem die kommunale Selbstverwaltung und deren finanzielle Grundlage garantiert werden. Er hoffe, dass das Parlament selbstbewusst genug sei, um sich anders zu entscheiden. Kiels Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz (CDU) sagte, dass die Landeshauptstadt mit zehn bis zwölf Millionen Euro weniger im Jahr rechnen müsse. Dies würde zu einer Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger führen.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Landesverbände, Norderstedts Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote (CDU), kritisierte den Stil der Regierung. Das Kabinett habe die Einschnitte geplant, ohne die Lage mit den Verbänden zu erörtern. „Die Art schmerzt“, sagte Grote. Er forderte, dass es nun unverzüglich zu einem Gespräch mit Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, Finanzminister Rainer Wiegard und Innenminister Ralf Stegner kommt. Regierungssprecher Christian Hauck konterte, Carstensen habe unmittelbar nach der Kabinettsberatung die Geschäftsführer der drei Spitzenverbände informiert und ein Gespräch angeboten.

Seite 17, Kommentar Seite 2